

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenbeiliegende Beilagen oder deren Raum 150 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Restamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33.

Mittwoch, den 9. Februar 1921.

28. Jahrgang.

Mietersteuer?

Von Wilhelm Sollmann.

SAK. Schon der Nationalversammlung lag ein Gesetzentwurf zur Erhebung einer Mietersteuer vor. Er wurde nicht mehr verabschiedet. In dem seither verfloßenen Jahre ist das Problem der Mietersteuer viel umstritten, aber wenig geklärt worden. Viele berufene und unberufene Köpfe suchten nach einer Deckung für die zum Wohnungsbau auf absehbare Zeit notwendigen Ueberteuerungszuschüsse, ohne daß eine Lösung gefunden worden wäre. Damalsches Vorhaben, Heimstätten-Darlehenssachweise zu drucken, der infolge der rührigen Agitation der Bodenreformer von zahlreichen Organisationen unterstützt wurde, ist im Wohnungsausschuß des Reichstages von allen Sachgebern ohne Unterstützung der Partei als nicht annehmbar bezeichnet worden, obwohl Damalsche Gelegenheit hatte, seinen Gedankengang im Wohnungsausschuß ausführlich darzulegen.

Fünf Tage vor der diesmaligen Vertagung des Reichstages gingen ihm nun je ein Gesetzentwurf der Reichsregierung und des Reichstages zu, die wieder nichts anderes waren, als eine Mietersteuer. Die Sozialdemokratie hat die Zustimmung, dieses wichtige und in seinen Folgen schwer zu übersehende Gesetz durchzusetzen, mit Erfolg zurückgewiesen. Die Gesetzentwürfe kamen nicht mehr in das Plenum des Reichstages. Mit diesem negativen Erfolg aber war nichts erreicht, denn es war damit nichts getan zur Herstellung dringender notwendiger Kleinwohnungen. Trotz all unserer Bemühungen weigerte sich der Reichsfinanzminister, noch einmal Milliarden ohne Deckung für Ueberteuerungszuschüsse herzugeben. Die Gerechtigkeit gebietet, zugestimmt zu werden, daß er schwerlich anders konnte, zumal wenn man die drohende Finanzkontrolle durch die Entente in Erwägung zog. Es bestand also, wenn die Verhandlungen im Wohnungsausschuß ergebnislos blieben, die große Gefahr, daß ein wesentlicher Teil der diesjährigen Bauperiode für die Herstellung von Wohnungen ungenutzt verließ, daß zehntausende Wohnungen nicht gebaut, daß hunderttausende Arbeiter der Baugewerbe arbeitslos wurden. Eine weitere nicht geringe Gefahr trat hinzu. Vertreter der Länder erklärten mit beachtenswerten Gründen, daß die Länder den wesentlichen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt nicht länger zusehen könnten. Wenn jetzt der Reichstag nichts zustande bringe, müßten die Länder selbstständig gesetzgebende Maßnahmen treffen. Damit aber bestand die für eine gesunde Wohnungspolitik geradezu verheerende Gefahr, daß dem Reiche der Einfluß auf das Wohnungsproblem stark entzogen und eine buntschweifige Wohnungssteuergesetzgebung in den Ländern geschaffen wurde.

In dieser Zwangslage sahen die ihrer Verantwortung bewußten Parteien des Wohnungsausschusses den verzweifeltsten Entschluß, ein Notgesetz zu schaffen, das dem Reichsfinanzminister die Möglichkeit gibt, eineinhalb Milliarden Mark als Ueberteuerungszuschüsse für Kleinwohnungen herauszugeben, ohne daß der Mietersteuer-Gesetzentwurf verabschiedet werden mußte. Dieses Notgesetz verpflichtete die Länder, zur Förderung des Wohnungsbauens in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 zusammen mindestens 10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden. Zur Deckung sollten die Länder eine Mietersteuer oder Zuschläge zu den Grundsteuern erheben. Auch die Gemeinden ertrugen die Verpflichtung, Zuschläge einzusetzen. Wichtig ist aber, daß die Grundzüge für die Bemessung und Erhebung dieser Abgaben und Zuschläge noch nicht feststehen, sondern erst durch ein Reichsgesetz geregelt werden sollen, das bis zum Mai 1921 verabschiedet sein muß. Kommt dieses Reichsgesetz nicht zustande, so haben die Länder das Recht, selbst eine gesetzliche Regelung zu treffen.

Die Lage ist also nun so: Es werden sofort aus Reichsmitteln eineinhalb Milliarden für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt später durch eine Abgabe von den Rutzugsberechtigten vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude oder durch Zuschläge zu den Grundsteuern. Wie diese Steuern in ihren Einzelheiten ausfallen werden, welche Abgaben sie erhalten, wer von ihnen befreit ist, darüber wird der Reichstag nach seinem Wiederauftritt entscheiden. Die Sozialdemokratie hat durch ihren Sprecher Silberschmidt ausdrücklich erklärt, daß sie sich ihre abgültige Stellungnahme zu dem kommenden Gesetzentwurf vorbehält.

Daß wir gewillt sind, die Steuer so sozial zu gestalten, wie es bei einer Steuer überhaupt möglich ist, beweisen die Entwürfe, die wir schon vor der Vertagung im Wohnungsausschuß des Reichstages gestellt haben. Für uns sind drei Überlegungen vor allem maßgebend: Die Abgabe, die sie sonst zu zahlen hätten, muß die kleinen Einkommen freilassen, sie muß gegen dem Bewußtsein bürgerlicher Parteien, insbesondere der Deutschnationalen, radikaler und landliche Bevölkerung stehen; sie muß Rücksicht nehmen auf kranke Familien, muß Gewähr bieten für eine starke Wohnungslagesteuer, muß die weitestgehende Sicherheit geboten werden, daß der Gewinn an Miete und Verkauf in den Häusern, die durch die mit so bedeutenden Zuschüssen aus Mitteln der Allgemeinheit gebaut wurden.

Das sind bei weitem nicht alle Forderungen, die wir an den Gesetzentwurf stellen, aber sie sind die Vorbedingungen, die uns eine Erörterung einer solchen Abgabe überhaupt möglich machen.

Was wir in dieser schwierigen Frage bisher taten, können wir vor dem Volke mit ruhigem Gewissen verantworten. Die Angriffe der Linksradijalen, die auch auf diesem Gebiete zu erwarten sein werden, kommen von Parteien, die zur Kritik an unserer Tätigkeit nicht berufen sind. Die Kommunisten haben in gewohnter Weise heimatliche Sitten und Gebräuche geschmäht und haben im Ausschuß nicht einen einzigen Antrag gestellt. Die Unabhängigen aber begnügten sich mit der Leistung, auf ein Blatt Papier zu schreiben, daß die Reichsregierung weitere fünf Milliarden Mark Papiergeld ausgeben solle. Im Plenum des Reichstages haben diese beiden Parteien dann freilich mit den Deutschnationalen gewetteifert in langen Reden über die Wohnungsnot. Geredet aber ist über diese Frage bis zum Hebedruck. Auch wir wissen, daß die Wohnungsfrage mit den bisherigen Mitteln nicht gelöst werden kann. Wir wollen sozialisieren. Darum legen wir ja seit Wochen und Monaten zusammen mit Kollegen von der unabhängigen Reichstagsfraktion und mit

führenden Männern der freien Gewerkschaften in einer Sozialisierungskommission für das Wohnungswesen.

Die Sozialisierung des Wohnungswesens ist allerdings eine Aufgabe, die nur in langwieriger Gedanken- und Organisationsarbeit zu lösen ist. Wir können die Wohnungssuchenden und die stürmisch nach Arbeit verlangenden Bauarbeiter nicht verträumen, bis unsere Untersuchungen und wichtigen Diskussionen beendet sind. Es mußte rasch gehandelt werden.

Nach dem Wiederauftritt des Reichstages wird nicht nur um die steuerliche Deckung der Ueberteuerungszuschüsse, sondern auch um das Reichsmietengesetz, das den Mietpreis regeln soll, und um die Grundsätze der Wohnungswirtschaft überhaupt gerungen werden. Mögen die Mieter im Lande auf dem Posten sein. Das gilt insbesondere auch für die Wahlen zum preussischen Landtag. Auch in der Wohnungsfrage hat der Wafausfall am 20. Februar seine große Bedeutung. Die Kräfte, die dem Wohnungswunder mehr oder minder freien Lauf lassen wollen, sind stark. Nur wer sozialistisch wählt, hilft zu einer einigenden Wohnungspolitik.

Deutschland zu Verhandlungen bereit.

Die Deutsche Regierung hat der französischen Botschaft in Berlin die Mitteilung zugehen lassen, daß sie die Einladung zur Londoner Konferenz annahme. Sie gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß dort auch die Gegenentwürfe, die sie zu machen gedenke, zur Diskussion gestellt werden würden.

Wie der „Intransigent“ meldet, wird die französische Regierung auf der Londoner Konferenz durch die Minister Briand, Doumer und Loucheur vertreten.

Verotung der Gegenentwürfe.

Nachdem im Reichskabinett die Richtlinien für die Gegenentwürfe, die in London überreicht werden sollen, festgelegt worden sind, haben nun die grundlegenden Beratungen der Sachverständigen zur endgültigen Formulierung der Gegenentwürfe begonnen. Zur Beratung im Auswärtigen Amt sind hauptsächlich die Delegierten, die das Deutsche Reich in Spa und Brüssel vertreten, hinzugezogen worden. Die endgültige Formulierung der Note wird längere Zeit in Anspruch nehmen. — Daß sie gewissen Bevölkerungskreisen in Deutschland keine Befriedigung bringen wird, geht schon aus den Angriffen der Rechtsprelle vom Dienstag abend hervor, die gegen den Außenminister gerichtet werden. weil so genannten national gesinnten Leuten der Wortlaut, jener Ankündigung, daß die deutsche Regierung unter gewissen Voraussetzungen nach London reisen wird, nicht gefällt. Diese Tatsache erbringt den besten Beweis dafür, wie die angeblich von den Rechtsparteien erlebte Einheitsfront ausgefallen haben würde. Kaum hat der Reichsaussenminister auch nur die Ankündigung seines Besuchs der Londoner Konferenz bekannt gegeben, also noch nicht einmal den Wortlaut seines Vorbeschlusses mitgeteilt, als sich schon die Schreier nach der Einheitsfront berufen fühlen, ihn anzugreifen und mit jeder Geschlossenheit zerstören. — Mögen die Hezer von 1914 auch jetzt ihr nationalstisches Bewußtsein durch das oben gekennzeichnete Verhalten zum Ausdruck bringen; solange die Reichsregierung in sachlicher Weise den Pariser Forderungen entgegentritt, solange wird die sozialdemokratische Partei sie schützen.

Im Kampf gegen die Pariser Vorschläge wird die deutsche Regierung eine starke Stellung haben, wenn sie sich auf den Boden des Vertrages stellt. Der Vertrag gibt der Wiedergutmachungskommission das Recht, eine feste Summe zu benennen, die in 30 Jahren zu bezahlen ist, aber er erlaubt der Entente nicht, 42 Jahre lang Beträge von unbestimmter Höhe aus Deutschland herauszupressen. Ferner kommt der deutschen Regierung die Tatsache zugute, daß die geplanten Ausfuhrabgaben sowie die Kalkulationsminderungen den Interessen des neutralen Auslandes und eines Teiles der Ententestaaten selbst widerspricht.

Protest der bayerischen Sozialdemokratie.

Die Radys und Scherer in Bayern stellen sich noch immer hochbeinig, obwohl sie wissen müssen, daß Deutschlands Stellung in London wesentlich von der Auslösung der Einheitsfront wehren mit abhängt. Die gesamte Reaktion in Deutschland ist natürlich über das landesräteristische Verhalten der Neu-Badepfer Gewaltmänner entsetzt. Um diesem maßlosen Treiben einen Damm entgegenzusetzen, hat nun die nordbayerische Sozialdemokratie energisch Front gemacht. In einer Resolution gegen die Radt-Regierung heißt es:

„Kommt die bayerische Regierung nicht in letzter Stunde zur Befinnung, läßt sie sich auf einen Bruch mit der Reichsregierung ein, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern, ebenso wie die Bevölkerung von Schwaben, Württemberg und Baden, das Maß mit diesen schandlichen und sich an die Seite des Reiches stellen. In letzter Stunde warnen wir (die Sozialdemokratie) die Radt-Regierung. Die nordbayerische Bevölkerung heißt sie und trenn zum Reiche und wird sich darin

nicht wandend machen lassen. Weist den Reichsvertretern die Tür. Bewahrt Ruhe und Besonnenheit, laßt Euch nicht irreführen! Helft Euch aber bereit und folgt geschlossenen Euren Führern, wenn sie Euch rufen!“

Nachdem die chauvinistischen Hezereien der „Einheitsfrontler“ bereits zu Dummheiten geführt haben, die im Auslande noch weit mehr Unwillen erregen als bei dem besonnenen Teil der deutschen Bevölkerung, sah sich die bayerische Regierung gezwungen, ihr Bedauern über die Beschädigung des französischen Konsulatsgebüdes zum Ausdruck bringen zu lassen. Jetzt, nachdem die bayerische Presse ihre Mitschuld am Ganzen einräumt, warnt sie davor, der Regierung weitere Schwierigkeiten und Demütigungen zu bereiten. Zu welchen nichtswürdigen Exzessen die Hezereien führen, zeigt auch ein Bericht der „Voss. Ztg.“. Danach haben sich die von Militaristen angeführten Nihilisten am Sonntag vor der Wohnung der Ententekommission im Hotel „Der Jahreszeiten“ wie rechte Lummel betragen und geschrien: „Expresse“, „Kommt hier her, was Ihr wollt“, „Wir gehen alle wieder mit“, „Rache“. Die Polizei mußte die Eingänge zum Hotel bewachen, dem Obersten v. Enlander wurde schließlich bedeutet, daß man nicht solche Kundgebungen, sondern im Gegenteil ein geschlossenes Volk wolle, und auf ein gegebenes Zeichen erklärte die Parade demütigt seine antilemische Rede. Die Träger der Fahnenkreuze verschwanden dann gekränkt, machten aber ihrem Grimm vor dem Hotel „Der Jahreszeiten“ um so lauter Luft. — Im übrigen ist sich der bayerische Ministerrat noch nicht einig. Es wird also höchste Zeit, daß die Reichsregierung eingreift, die verlassenen dastehen würde, falls sie sich von diesem Pakt ihre Politik über den Hauptecken werfen lassen wollte.

Italienische Stimmen.

Im römischen Senat besprach Graf Sforza die Ergebnisse der Pariser Konferenz. Hinsichtlich der Reparationen erklärte Sforza, für die Festsetzung der Ziffer müsse man zwei Punkten Rechnung tragen: dem Betrage der Schuld und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei schwierig festzustellen. Die wirtschaftliche Lage zeige das Bestreben zur alten Blüte des Reiches, die finanzielle verbleibere sich behändig und lasse die beunruhigendste Krisis voraussehen. Die Pariser Konferenz mache die Genfer Konferenz unnötig. Wenn man den gegenwärtigen Zustand Deutschlands nicht außer acht lassen dürfte, so müßte man doch auch seinen zukünftigen Verhältnissen Rechnung tragen, und die Konferenz wünsche, daß die Bezahlung in unmittelbarer Beziehung zu dem wachsenden Wohlstande Deutschlands stände. Bei den Ausfuhrabgaben handle es sich nicht um eine Steuer. Denn als man von einer Steuer sprach, habe die italienische Delegation Widerspruch erhoben. Eine Steuer würde die deutsche Ausfuhr beeinträchtigen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands verzögern, den wir beschleunigen wollen. Es handelt sich in Wirklichkeit um die teilweise Abtretung des Auslandsguthabens, die den deutschen Ausfuhrabgaben gehören, die von ihrer Regierung entschädigt werden sollen. Auf diese Weise sind die Willerten unmittelbar daran interessiert, daß Deutschland wieder ein maßvoller wirtschaftlicher Faktor der Weltwirtschaft wird.

Nach einer Meldung der „Tribuna“ hat sich der italienische Kammerauschuß für Auswärtige einstimmig gegen die Festlegung der Ausfuhrabgabe von 12 Prozent ausgesprochen und verlangt, daß die Deutschland auferlegte Entschädigung als viel zu hoch bezeichnet.

Der „Avanti“ über die Ententeforderungen.

Unter der Ueberschrift „Schloß Reichert“ geißelt der „Avanti“ die von der Entente gegenüber Deutschland erhobenen Forderungen. Er schreibt: Wir müssen gestehen, daß wir in der Geschichte vergebens nach einem Beispiel solcher entsetzlichen Forderungen suchen, wie sie hier von einem Sieger dem Besiegten auferlegt werden. Selbst wenn wir uns auf eine Prüfung des Deutschland auferlegten Tributs für die Wiedergutmachung des

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 9. Februar.

Zum Lohnkampf im Holzgewerbe.

Zu unserem gestrigen Bericht ist nachzutragen, daß im Laufe des Tages für die übergroße Mehrheit der Kollegen die Forderungen bewilligt worden sind. Bis Dienstagabend waren die Forderungen anerkannt von 40 Betrieben mit insgesamt 843 Arbeitern. Noch nicht geregelt sind 18 Kleinbetriebe mit insgesamt 81 Kollegen. Die „glorreiche“ Taktik des Arbeitgeberverbandes in Lübeck hat also zu einem völligen Zusammenbruch ihrer Organisation und zu einem glänzenden Erfolg des Holzarbeiterverbandes geführt. Mögen sich die Arbeitgeber bei ihren „großen Strategen“, die seit Jahren am Werk sind, den Holzarbeiter-Verband klein zu machen, bedanken.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Lübeck).

Achtung Betriebsrätezentrale des U. D. G. B. und Ufa. Donnerstagabend 7 Uhr findet eine Sitzung des Zentralrats statt in der sehr wichtige Angelegenheiten erledigt werden müssen. Es ist daher die Anwesenheit aller Beteiligten unbedingt notwendig. Die B.-R.-Zentrale.

Achtung, Jungsozialisten! Donnerstag 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftssekretariat. Wichtige Tagesordnung. Parteimitgliedsbücher sind vorzulegen. Der Arbeitsausschuß.

Arbeiter-Jugend! Abt. Stadt. Zwecks Vorbereitung zum Oberfest treffen sich sämtliche Mitglieder der Abt. Stadt heute, Mittwoch, im Jugendheim, Hüßstraße 69.

Gezetzreglement für RABD-Funktionäre. Den kommunikativen Vertrauensleuten sind 10 Punkte für ihr Verhalten in den Gewerkschaften zugegangen. Diese Punkte geben die Anleitung für politische Informationen, Literaturvertrieb, Zusammenfassung in Verwaltungsbezirken, Aktivität im Betriebe, Verhalten bei Maßnahmen und Aktionen, Fraktionsversammlungen, Verbindung mit der Parteileitung, Vereinbarung mit anderen Parteien, Kommunikation in Fraktionen und Verbindung mit den Arbeitssolidaritäten. Der Punkt 4 sagt unter anderem: Die Kommunisten dürfen nie vor den Schranken bürgerlicher Gesetze Halt machen. Sie haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen der Arbeiterklasse und den ihnen entgegenstehenden bürgerlichen Gesetzesbestimmungen ergeben, mit Bewußtsein auf die Spitze zu treiben. Sämtliche Maßnahmen der Unternehmung und Forderungen der Arbeiterschaft sind sofort dem Parteisekretariat der RABD zu melden. Die Redner für die Sitzungen erhalten ihr Material von dem RABD-Sekretariat. Wenn Anträge und Resolutionen, die auf diesem Wege fabriziert werden, von den Gewerkschaften abgelehnt werden, so muß das anitatorisch ausgenutzt werden. Die Funktionäre der RABD können jederzeit abberufen werden.

Stellungnahme des Einigungsamtes gegen die Behauptungen des Neuen Grundeigentümer-Vereins. Das Einigungsamt schreibt uns: Der neue Grundeigentümer-Verein zu Lübeck hat Zeitungsnachrichten zufolge in seiner Sitzung vom 10. Januar d. J. dem stellvertretenden Vorsitzenden des Einigungsamtes, Herrn Meßner Lormin, das Vertrauen abgezogen und seine Entziehung aus dem Amte gefordert. Zur Begründung dieses Beschlusses hat der Verein darauf hingewiesen, daß die Befreiungen des Meßners Lormin bis jetzt dahin geführt haben, die Grundbesitzer zu enteignen, bezw. sich geheimerlich über deren Eigentum hinwegzusetzen, während die von den Mietern gestellten Forderungen die volle Unterstützung bekommen haben. Da nach Ansicht des Vereines Herr Meßner Lormin im Grundstücksweesen keine Erfahrung hat, hat der Verein zugleich die Ernennung eines älteren im Grundstücksweesen erfahrenen unparteiischen Juristen zum Vorsitzenden des Einigungsamtes gefordert. Die am 7. Februar d. J. stattgehabte Vollversammlung des Einigungsamtes hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt, auch eingehend die Fälle erörtert, die vom Vorstand des Grundeigentümervereines zur Begründung seiner vorerwähnten Entschließung angeführt sind und ist einstimmig in der Überzeugung gelangt, daß Herr Meßner Lormin kein Amis stellvertretender Vorsitzender des Einigungsamtes in jeder Weise korrekt, mit voller Unparteilichkeit und unter größter Hinneigung seiner Person verwaltet hat. Auch die anwesenden Vorstandsmitglieder des Neuen Grundeigentümer-Vereines haben sich dieser Verurteilung angeschlossen und haben erklärt, daß sie zu ihrer Entlastung gefordert sind, daß die eroberten Vermögen u. s. w. in Lübeck sind. Sie haben versprochen, dahin zu wirken, daß eine Entschädigung ihres Vereines wieder zurückgenommen werde. — Mit Rücksicht auf diese Erklärung ist zunächst über die Frage der strafrechtlichen Verfolgung noch nicht entschieden, sondern beschlossen worden, die weitere Stellungnahme des Grundeigentümer-Vereines bis Anfang nächster Woche abzuwarten.

Die Gemeinnützige Frauen-Versammlung beendet am 31. Dezember 1920 das erste Geschäftsjahr, in dem sie das Sparmarken-Verfahren durchführte; d. h. sie betrieb grundsätzlich alle aufsteigernde Produkte in der, daß jedoch den Kindern unter 14 Jahren an Stelle von Spargeld Sparmarken, deren Barwert auf Sparmarken überlassen wurde. Die Commerz-Bank hatte sich der großen Mühe angenommen, die Sparmarken zu verwalten. Es wurden bis zum 31. Dezember 919 Sparmarken für Sparmarken ausgestellt mit einem Wertinhalt von 6070,75 Mk. Davon leiten die beteiligten Kinder auf Sparmarken der Commerz-Bank 3365,65 Mk. an. Aus wirtschaftlichen Gründen haben sich Commerz-Bank und Sparkassenverwaltung gezwungen, vom 1. Januar 1921 an die Ausstellung besonderer Sparbücher (Sparbücher) einzustellen und den Sparmarken für Sparmarken Sparbuchcharakter zu verleihen. Von den Kindern erhaltene Summen werden nunmehr von der Sammelstelle vermarktet und auf einem Sammel-Sparkonto im Lübecker Sparkassen-Verein festgelegt. Die Ausstellung der Sparbücher geschieht nach wie vor in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember jedes Jahres nur durch die Sammelstelle, die zur Abhebung der Sparbücher auffordern wird. In Nothfällen sind Sparbeträge vor Ablauf der Sperrfrist auszahlbar. Der Wirtschaftsausschuß behält sich vor, besonders reichlichen Kindern Sparprämien zu zahlen. Aus dem von den Kindern gesammelten Material wurde ein Reineinkommen von 23 554,57 Mk. ermittelt werden. Von wurden 20 722.— Mk. ausschließlich für Kinderwohlthätigkeit verwendet durch Abführung an den Senat, an die Frauengruppe des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, an die Waisenkasse, an die Ferienkolonien, an bedürftige Kommendanten an die Waisenkasse für Erwerbsbeschäftigung. In diesem Ergebnis sind alle beteiligten Frauen und Männer, vor allem die Leiterin, Dr. Lehmann, ehrenamtlich sowohl wie als Angestellte unter der Hand von viel Zeit und Kraft gearbeitet. Mit dem Umfang der mehr als 900 Kindern geleisteten Sammelarbeit beurteilen sie sich, seien einige Zahlen mitgeteilt. Es wurden 1920 aufgestellt: 251 934 Grund-Kartons, 36 513 Fund-Papier, 14 812 Fund-Papier, 655 Fund-Papier, 344 Fund-Papier, 51 812 Fund-Papier, 61 711 Fund-Papier, 25 367 Fund-Papier u. s. w. Die Bevölkerung wird gehoben, ihre Großen auch im kommenden Jahre unter ausschließlicher gemeinsamer Wirksamkeit aufzuföhren.

Verständliches Hausrecht. Die Gemeinnützige Frauen-Versammlung will versuchen, verständliches Hausrecht, dessen Einführung in Lübeck ist, gegen Barverpflichtung zu kommen. Das Ziel ist die Vermeidung Erwerbslosigkeit mit produktiver Arbeit. Die Sammelstelle soll am 1. März beginnen. Kontenbücher werden schon jetzt von der Sammelstelle ausgestellt. Der Reinertrag liegt ausschließlich der Kinderwohlthätigkeit zu. Sammelstelle Papier und Tinte. Die Gemeinnützige Frauen-Versammlung hat am 1. März eine große Anzahl Kunstgegenstände zu versteigern. In der Versteigerung der Kunstgegenstände werden die Kinder durch eigene Sammelarbeit mit-

Die Höhe der jedem Kinde zustehende Beihilfe richtet sich nach seinem Fleiß. Ohne Unterstützung der Bevölkerung können sie jedoch nichts Fühlbares erreichen. Es wird deshalb die Bitte ausgesprochen, den für uns sammelnden Kindern, die sich durch ihr Sammelbuch ausweisen können, vor allem Papier und Blumentöpfe bereitzustellen. Auf Anruf (Tel.-Nr. 8718) kommen Arbeiter. Den Kindern zur Nachricht, daß sie für einen Zentner glattes Papier außer Sparbuchmarken 4 Zentner Brennholz erhalten, den sie gleich mitnehmen können. Die Veranlassung besteht nur bis zum 15. Februar. Für Blumentöpfe zahlt die Sammelstelle erhöhten Tagespreis.

Stadttheater. Mittwoch findet die erste Wiederholung von „Die Hugenotten“ statt. Donnerstag und Freitag wird „Wanad-einquartern“ wiederholt. Sonnabend Erstaufführung von „Don Carlos“. Auf die Erstaufführung von „Anatol“ am Mittwoch in den Kammerpielen weisen wir hin.

Kingstämpfe im Gewerkschaftshaus. Resultate vom Dienstag. Weitzmann besiegte Köhler im Entscheidungsspiel in 1 Std. 25. M. durch Kopfschlag mit Zurückziehen der Schultern. Hansen-Glah und Barial ringen unentschieden, während der Entscheidungsspiel Jarvinen gegen Urbach wegen Eintretens der Polizeistunde abgebrochen wurde.

Angrenzende Gebiete.

Schwartzau. Die Schwartzauer Honigwerke haben im April v. J. beschloffen, das Aktienkapital von 5 auf 8 Millionen Mark zu erhöhen. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurden an Gewinn verteilt: 12 Prozent auf 5 Millionen Mark und 6 Prozent auf 3 Millionen Mark.

Schwartzau-Konferenz. Am Sonntagabend fand in Schwartzau eine Versammlung der Deutschnationalen statt. Als Referent war Herr Dr. Büchler erschienen, der in seinem Referat alles kritisierte, aber nicht einen einzigen Vorschlag machte, wie es besser zu machen wäre. Besonders rief er nach dem „starken Mann“. An der Debatte beteiligten sich der Genosse Kettel-horn und von der RABD. Nidel aus Lübeck, die treffend die Ausführungen des Referenten widerlegten und verschiedne Fragen an ihn stellten, die er aber nicht beantwortete. Von der Arbeiterschaft waren nur wenige und von den Deutschnationalen höchstens 40 Personen erschienen.

Wandsbek. Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen. Der Ratrat des Kreises Stormarn gibt bekannt: Für sämtliche Ortschaften des Kreises Stormarn mit unter 2000 Einwohnern ist auf Grund der Höchstmietanordnung vom 9. Dezember 1919 durch Beschluß des Kreiswahlschusses vom 3. September 1920 die Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen auf einen Zuschlag von 20 Prozent zur Mietzinsmiete vom 1. Juli 1914 festgelegt worden: Es wird darauf hingewiesen, daß in diesem Zuschlag ein begriffen sind: Steuern, öffentliche Abgaben und Beiträge jeder Art.

Hamburg. Der Eifersucht. Herzog ist nicht mehr! Penzianen nicht mehr in der „Volkszeitung“. In der Redaktion scheint jetzt bei den Nachgebliebenen von Piesch Gnaden eitel Kreude und Wonne zu herrschen. Jetzt, wo der „Volkszeitungswort“ mundtot ist, verfehlt man ihm noch einen Schritt. In der „Volkszeitung“ vom 5. Februar wird ein Zeitungsbericht über den ersten Berliner Fußball und besonders die Beschreibung der Augustoisten und des „Poluliers“ abgedruckt und mit besonderem Behagen folgende Stelle wiedergegeben: „Erna Morona fiel, wie immer, durch ihre aparte Toilette und ihren Hermelinmantel auf.“ Die „Volkszeitung“ knüpft u. a. folgende Bemerkungen an den Bericht: „Fünftier Sohn für das Proletariat! Schwarzhaar am Körper des Proletariats! Goldgewänder, Silber, Hermelinmäntel, Diabeme, wehende Keiber, schön „ausgesogene Frauen und mitten drin in diesem Taumel der Luft die „ernsten Männer des Staates“... Einmal mit der bis ins Mark verrotteten veruldeten Bourgeoisie! Euer Schweiß ist es, der euren Unterdrückten das Brotkrumen ermöglicht! Verschlemmen soll nicht mehr der frische Schweiß, was fleißige Hände erwarben.“ — Erna Morona ist bekanntlich der Pseudonym der Gattin Wilhelm Herzogs und es ist nicht weit, daß man jetzt so über die „bürgerlichen“ Verhältnisse eines verflochtenen Kollegen berichtet!

Hamburg. Sechs Gasverrichtungen, von denen zwei nicht verkauft sind, wurden am Dienstag der Polizei gemeldet. Die Feuerwehre mußte ihre Sanitäter in allen Fällen zur Hilfeleistung ausenden. Erfolgreich waren die Wiederbelebungversuche bei einem 17-jährigen Mädchen und bei einer Ehefrau. — Pferde als „Umzugsqu“ deklariert. 29 Pferde, die als „Umzugsqu“ deklariert und für Hamburg bestimmt waren, wurden in Londern beschlagnahmt. Die Sendung kam aus Nordjütland. Der Besizer erleidet einen empfindlichen Verlust. Das Schicksal der Schieberr nichts.

Seefeld. Ein Wort in Gr.-Gladobrüggae. Als das bei dem Landmann Güterbedienstete Mädchen Dierard die große Diale betrat, um in den Kubstall zum Melken zu gehen, strachte ein Schuß, und die L. fürzte, in den Unterleib getroffen, zu Boden. Als man sie fand, war sie bereits tot. Der Mörder ist verschwunden. Man nimmt an, daß der Täter ein Knecht Röske aus Treuholt ist. Die Ermordete hat mit Röske ein Verhältnis gehabt, das sie jetzt oder angeblich zu lösen suchte. Vermutlich hat R. die Tat aus Ärger über das Verhalten der Z. begangen.

Neustadt i. S. Produktive Erwerbslosen fürsorge. Der Magistrat hatte Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen zu einer Beratung über Umsstellung der Erwerbslosen fürsorge eingeladen. Dem Magistrat wurde das sog. „Dor-burger System“ den Vertretern zur Einführung empfohlen. Nach 14 Tagen soll eine zweite Versammlung in dieser Angelegenheit stattfinden.

Riel. Die Einfuhr dänischer Kinder soll ermeitert werden. In dieser Woche werden 4 und in der kommenden sechs Dampfer mit Vieh auf Riel verkehren. In den nächsten Wochen werden zwei neue Verbindungen mit dänischen Inselhäfen aufgenommen. Für die Beförderung der Kinder sind Kiemsburger Dampfer gechartert.

Köpenick. Dr. Hermes über den Abbau der Zwangswirtschaft. Vertreter des bremischen Großhandels hat der Reichsernährungsminister eine ähnliche Rede in Hamburg gehalten. Er versicherte, daß mit dem Abbau der Zwangswirtschaft fortgesetzt würde und er ein „Gegner aller Gebilde sei, die in ihrer Struktur an die Zwangswirtschaft erinnern. Die Förderung des Handels betrachte er als vaterländische Aufgabe, die mit allen Mitteln durchgeführt werden müsse. Mit der Förderung des Handels sei der Einkauf des Verbrauchers verbunden. In der Getreidewirtschaft müßten wir zu einem System kommen, welches der Landwirtschaft mehr Rechnung trage. Deshalb müßte das Wirtschaftsleben entzweitelt werden. Gegen ein Getreidemonopol habe er die größten Bedenken und werde diesen Gedanken auch mit allem Nachdruck vertreten. — Will Hermes den Landwirten noch mehr als bisher entgegenkommen? Eine 10 bis 15prozentige Erhöhung der Getreidepreise hat er ihnen für die nächste Ernte bereits in Aussicht gestellt. Einen besseren „Anbauminister“ wännen sich die barmen Landwirte nicht wünschen.

Theater und Musik.

„Die Jagdpächter“, Lustspiel in 5 Akten von Alfred Müll-ler und Hans Lorenz. Vor einigen Jahren erzielte Alfred Müll-ler mit seinem lustvoll-erregten Schwan, Keine Frau die Hof-dame, ein sehr beachtliches Bühnenerfolg. Er hatte damals eine Stelle eingekauft, die es sowohl den Freunden der besseren Lustspiele wie auch den Liebhabern des Schwanen er-mög-

lichte, sich zusammen zu finden, ohne sich gegenseitig etwas zu ver-geben. Sein neues Lustspiel, von Hans Lorenz miterantwortet, das Dienstagabend im Hanjatheater aus der Taufe ge-hoben wurde, ist um eine Nummer größer und nähert sich schon doch wieder die Idee, die dem Bühnenstück zugrunde liegt. Die „Jagdpächter“ sind Heinz Nordbe und sein Vater Günther Nordbe. Heinz ist 46 Jahre alt und Besitzer einer Tochter, die be-reits im Witwenstande lebt, aber ihre Angel schon wieder von neuem auswirft, um sich den jungen Arzt Dr. Herbert Straß-mann einzufangen. Günther hat sogar seine 68 Jahre auf dem Rücken, ist aber noch von einer erstaunlichen Rüstigkeit und Ela-stizität. Ein Kreis mit den Empfindungen eines liebgerendeten Jünglings gegenüber dem anderen Geschlecht! In jedes schmude, junge Mädchen, das seinen Weg kreuzt, verliebt er sich sofort un-sterblich und findet auch Gegenliebe, da er ein charmanter Kerl ist, und die jungen Dinaerchen sein Alter nicht ahnen. Sein Sohn Heinz ist aus ganz demselben Holze geschnitten. Was Wunder, daß ihn Straßmann für einen heimlichen Liebhaber alles hält, zumal der Verheiratete heider — Nie nennt den Vater „Heinzemann“, er die Tochter „Musi“ — eine solche Deutung nicht ganz unwa-hrscheinlich macht. Da wir uns im Lustspiel befinden und dieses einen freundlichen Theaterraum erfordert, so kommt der Doktor Straßmann selbstverständlich letzten Endes doch noch zu seiner Me, aber erst nachdem er überzeugende Beweise erlangt hat, daß Heinz Nordbe der Vater, nicht ein heimlicher Liebhaber alles ist. Unter der Leitung von Paul Hildebrandt wurde das Lustspiel hatten in Paul Hildebrandt (Heinz) und Direktor Oskar Grami ansprechende Vertreter gefunden. Als die Komische Hildegard Nöhrs mit Anmut und Geschick um den Dr. Straß-mann, der in Paul Schneider einen annehmbaren Vertreter gefunden hatte; in der Real pflegen allerdings die Kerle in gro-ßen Kurorten etwas wehmüthigere Umanasformen zu besitzen. Darunter litt übrigens auch der Medizinalrat Otto Welsch, Kraus (Edith), Neßl T. Leichen (Marianne), Hela Leffler (Sängerin Barbara) und Otto Bellien (Student Hartwig) lebend erwähnt werden. Das Lustspiel erzielte einen starken Hei-tererfolg, der ihm auch bei den Wiederholungen zweifellos treu bleiben wird.

Neueste Nachrichten.

Der Streik in der Konfektionsbranche. III. Berlin, 9. Februar. Der Streik in der Konfektionsbranche hat sich über das ganze Reich ausgedehnt. Wie die B. Z. erzählt, sind in Breslau, Stettin, Elberfeld, Frankfurt, Stuttgart, Mainz und München am Montag oder Dienstag die gesamten Arbeiter der Herrenkonfektionsindustrie in den Ausstand getreten. Die Lage hat sich angeblich zugehört, da die Unternehmer vorläufig nicht daran denken, irgendwelche Verhandlungen einzuleiten. Seit gestern droht auch eine Ausbreitung des Streiks auf die Wäscheindustrie. Die Arbeitnehmer sowohl der Herren- wie der Damen-Wäschebetriebe haben Lohnforderungen eingereicht, die eine 30prozentige Erhöhung des Lohnes vorsehen. Die Unternehmer heben jedoch auf dem Standpunkte, daß die Lohn-erhöhung unmöglich ist.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. III. Berlin, 9. Februar. Das Reichsarbeitsministerium hat, laut Konfessionär, beschloffen, die Arbeitslosenunterstützung von zehn auf zwölf Mark täglich zu erhöhen und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. November vorigen Jahres.

Eröffnung des Reichswirtschaftsmuseums in Leipzig. III. Leipzig, 9. Februar. Das Reichswirtschaftsmuseum in Leipzig ist gestern vormittag eröffnet worden. Es besteht aus einer Schaulammlung, einer Bibliothek, und einem Archiv und bezweckt die Vollziehung, die deutsche Volkswirtschaft vorzuführen, indem, ausgehend von den Kraftquellen, die einzelnen Wirtschaftszweige dargestellt werden.

Württemberg und die Einwohnerwehrfrage. III. Stuttgart, 9. Februar. Im württembergischen Landtag gab der Minister des Innern, Graf, die Erklärung ab, in der Einwohnerwehrfrage auf dem Boden der Reichsregierung zu stehen, sobald eine Aufforderung von dieser komme, würde die Einwohnerwehr aufgelöst werden.

Briand stellt die Vertrauensfrage. III. Paris, 9. Februar. Die Kammer nahm gestern nachmittag die Erörterung über das Pariser Abkommen wieder auf. Als Oppositionär wider gegen Briand, der im Verlauf der Debatte die Vertrauensfrage stellte. Doumergue verteidigte das Pariser Abkommen und trat für eine vollständige Festigung der Wiederherstellung ein. Abends 1/2 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen und auf heute nachmittag verlegt.

Ein neues griechisches Kabinett. III. Athen, 9. Februar. Das Kabinett Kallergopoulos hat sich der Kammer vorgestellt. Der neue Ministerpräsident teilte mit, daß das Programm der neuen Regierung das selbe sei wie das des Kabinetts Kallais. Der neue Regierungschef erklärte, daß er Griechenland auf der Londoner Konferenz vertreten werde, und daß er dieselben Ausschüsse habe, wie Siratos, nämlich daß der Vertrag von Sevres bezüglich der territorialen Grenzen Griechenlands ein Minimum darstelle dessen, was Griechenland mit Rücksicht auf seine Opfer von den Alliierten verlangen kann. Die Parteiführer, die Benizelisten einbezogen, billigten die Aus-sagen des neuen Ministerpräsidenten.

Die Aufnahme der deutschen Antwort. III. London, 9. Februar. In britischen und französischen Kreisen wird die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der Antwort sei verständlicher als man erwartet habe. Dies wird dahin ausgelegt, daß sich Minister Simons von bedächtigsten und einschneidenden Erwägungen leiten ließ.

Deutsche Schiffe als Zielscheiben in England. III. London, 9. Februar. Das ehemalige deutsche Schiffschiff „Baden“ wurde bei Wight im Verlauf einer Übung mit Torpedos und lufttragenden Kanonen versenkt, um die Konstruktoren und den Wert der deutschen Schiffschiffe zu erproben. „Baden“ soll wieder gehoben und zu neuen Schiffschiffen her-gestellt werden.

Die deutschen Schiffe für England. III. London, 9. Februar. Bis jetzt sind, wie Reuters meldet, 301 deutsche Schiffe auf Grund des Preisverwertungs-gesetzes abgeteilt worden, wovon bereits 120 verkauft wor-den, deren Passagierdampfer von insgesamt 188 1/2 Tonnem und Frachtdampfer von 733 3/4 Tonnem. Von den unverschifften Schiffen sind 32 3/4 Tonnem Passagierdampfer und 915 1/2 Tonnem Frachtdampfer.

Keine englische Notizenvermehrung. III. London, 9. Februar. Das englische Marine-Departement hat das Landesteilung für nur darauf beschränkt, die englische Marine auf den atlantischen Ozean zu stellen. Es hat die um 2 Millionen Pfund Sterling höherer als das Budget des ver-gangenen Jahres.

Vermischtes.

O.K. französische Geburtsstatistik. Ein Zeichen für den Aufschwung der französischen Volkskraft sind die neuesten offiziellen Zahlen über Geburten, Heiraten und Todesfälle in 90 französischen Departements während der ersten sechs Monate von 1920.

Eingegangene Druckschriften.

Zwei Jahre republikanische Regierungsarbeit in Preußen. Was unter sozialdemokratischer Führung geleistet worden ist. Die Aufgabe, das ein Jahr großer Arbeit der deutschen Arbeiterbewegung im Jahressumme der Sozialindustrie liegt über Parteien hinaus, die in schärferer Gegenüberstellung zur Republik stehen, bringt es mit sich, daß weitere Schritte des deutschen Volkes die Tätigkeit der republikanischen preussischen Regierung nur befruchteln können.

für Politik und Wirtschaft. Berlin K. 35, erscheinen läßt. Die Rettung des Buches beweist, daß die Sozialdemokraten keinen Anlaß haben, sich der Teilnahme an der Koalitionsregierung in Preußen zu scheuen und daß unter ähnlich schwierigen Verhältnissen in gleich kurzer Zeit wohl noch nicht ein derartiges Resultat erzielt worden sind.

Heinrich Ströbel: Nicht Gewalt sondern Organisation. Der Grundbegriff des Sozialismus. Sonderheft des „Jugend“. Berlin, Verlag, Berlin W. 57, 5 Mark. Ströbel — der ehemalige unabhängige Ministerpräsident der ersten preussischen Revolutionsregierung — bringt das Ziel seiner Über den Sozialismus vorliegende Material in einer Zusammenfassung, die nur das ganz Nützliche und das Schöne enthält. Es wäre zu wünschen, daß die gegenwärtige Schrift in die Hände der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse käme!

„Willehm der Diplomat.“ Die Welt lebt schnell und veraltet rasch. Kaum zwei Jahre sind ins Land gegangen, als der „Willehm der Diplomat“ ins Ausland kam, nachdem Wilhelm Dörmann für den Bestand des Reiches in Schützengraben gekämpft und verwundet worden. Und nun macht sich im Lande eine weltliche-antiquarische Bewegung für den „armen Willehm“ hervor, die die „Willehm-Bücherei“ ins Leben rufen will. Wie man in Preußen gegen die Monarchie, von den Monarchen gegen die „Willehm-Bücherei“ immer aus Regen, und von dem Reich, das die „Willehm-Bücherei“ selbst hat. In diese demagogische Kampagne, die auf die Verschleierung des Reiches abzielt, mit aller Deutlichkeit einzufahren, ist die „Willehm-Bücherei“ im Jahre 1919 in der „Willehm-Bücherei“ erschienen. Die „Willehm-Bücherei“ ist ein Werk, das die „Willehm-Bücherei“ in der Sprache, aber notwendig in einer Schärfe, die die „Willehm-Bücherei“ auf die „Willehm-Bücherei“ auf dem Felde der Diplomatie auf.

Die Schrift Dr. Köfers ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden, der im Kampfe für die Republik und gegen die monarchistische Agitation steht.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Table with exchange rates for Hamburg, 8. Februar. Columns include location (Holland, Kopenhagen, Stockholm, etc.), unit (100 fl., 100 Kr., etc.), and rate (212 1/2, 117 1/2, etc.).

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Hermann Bauer. Für die Rubrik „Freihaft Lübeck“: August Schulz. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Ausgabe von Schewe n. N. N.

An der Woche vom 7. bis 13. Februar 1921. In der ersten Ausgabe auf 10 Seiten, 1000 Stück. Preis 10 Pf. pro Exemplar.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck. Ortsgruppe Schkop. Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 11. Februar 1921, abends 7 1/2 Uhr in Lokal von A. Schreyer in Schkop.

Empfehle: P. Holdt, Henrichsb., Lübeck, Lindenstraße 2 a.

Arbeiter-Nachrichten-Kalender für das Jahr 1921. Verlag: Fr. Meyer & Co., Johannstraße 16.

Anzeigen. Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“ Johannstraße 48.

Leder. Lederwaren. Fr. Meyer & Co., Johannstraße 16.

Der Betriebsobmann im Kleinbetriebe. Von Ernst Wack. Preis M. 2.50. Fr. Meyer & Co., Johannstraße 48.

Visitenkarten. Fr. Meyer & Co., Johannstraße 48.

Rechnungs-Formulare. Fr. Meyer & Co., Johannstraße 48.

Advertisement for 'Betriebsabbrüchen und Stilllegungen' (Operational Interruptions and Closures) by Fr. Meyer & Co., Johannstraße 48.

Advertisement for J. H. Pein, Breite Str. 64, Markt 12. 'die 3 letzten Tage meines Ausverkaufs.' Includes dates: Donnerstag, Freitag, Sonnabend.

Advertisement for Zentralhallen, Sonntag, den 13. Februar, Grosser Masken-Ball. Anfang 4 1/2 Uhr, Westgang 7 1/2 Uhr.

Advertisement for Adlershorst Ball, Jeden Donnerstag: Kartoffeln. S. Helm, Hartengrube 46, Fernspr. 3419.

Advertisement for Steh- und Hänge-Lager (Standing and Hanging Storage) by Schietelig & Köck, Eisensteherlei u. Maschinenfabr. Lübeck.

Advertisement for Platt. Volksklub to Lübeck. 'Bremer Abend.' Includes details about a performance on Wednesday, 10. Februar.

Advertisement for Gewerkschaftshaus Letzte Tage! Heute Mittwoch: Järvinen gegen diese Wozjak. Köhler gegen Hansen-Esch.

Advertisement for Hansa-Theater. Heute (Ab. Serie II) Sonntag (Ab. Serie II) 1921.

Advertisement for Stadtheater Lübeck. Mittwoch, Abt. A u. B. Sonntag, Abt. A u. B.

Advertisement for Kammerstücke (Chamber Pieces) by Fr. Meyer & Co., Johannstraße 48.

Advertisement for Heinrich Hagen, Die Schmelzer und Farmer des Hochofenwerks A.-G.

Advertisement for Benjaminschneider-Kette in Kuba.

Advertisement for Sozialdemokr. Verein, Hans Wegner.

Advertisement for Öffentliche Verdingung.

Advertisement for Sommerlehrlinge, Schietelig & Köck.

Advertisement for B...

Advertisement for B...

Advertisement for B...

Advertisement for B...

Advertisement for B...

Advertisement for B...

Advertisement for B...

Advertisement for B...

Wie der Krieg verloren ging.

(Den „Lübedischen Anzeigen“ ins Stammbuch.)
Die folgenden Schilderungen aus einem tragischen Abschnitt deutscher Geschichte sind dem Buch Scheidemanns „Der Zusammenbruch“ entnommen, das im Verlag für Sozialwissenschaft (oben) erschienen ist.

Durch die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuss ist bestätigt worden, was früher bereits alle Welt durch die Presse erfahren hatte, daß die Bitte um Waffenstillstand nur die Folge der

Hilferufe des Hauptquartiers

an den Prinzen gewesen ist. Bei den Verhandlungen im Kabinett über die Fragen des Waffenstillstandes sowohl, wie über die Antwortnote an Wilson hat sich der Prinz Max von Baden in überaus männlicher und ehrlicher Weise benommen. Es wird mir immer in Erinnerung bleiben, wie er in einer Sitzung am 21. Oktober mit Nachdruck erklärte: „Ich habe die Note abgelehnt, weil ich dazu von der Obersten Heeresleitung geradezu gedrungen worden bin. Ich war gegen diesen überstürzten Hilferuf, habe dann aber jede Verantwortung dafür übernommen. Ich bin zu stolz gewesen, mich hinter andere zu verkrüppeln.“ Nach seinen Wünschen war die Bitte um Waffenstillstand und um Frieden in jener Situation nicht; wäre es nach ihm gegangen und hätte man ihm Zeit gelassen, dann würde er anders verfahren sein.

Als im Kabinett die Frage erörtert wurde, ob man außer Ludendorff, der einzig gehe mit Hindenburg, auch noch andere Heeresführer über die Situation hören sollte, wurde erklärt, daß Hindenburg und Ludendorff sofort zurücktreten würden, falls man andere frage. Daran hat sich das Kabinett indessen nicht gehalten, sondern auch die Generale Mudra und Gallwitz um Auskunft ersucht. Es stellte sich bei der Besprechung mit diesen Herren heraus, daß sie doch in der Hauptsache nur die von ihnen kommandierten Abschnitte, dagegen nicht die gesamte Situation genau kannten. Beide waren sehr erschüttert über die Mitteilungen, die ihnen über die Gesamtlage gemacht wurden. Alles das, was sie anführten, um die Tapferkeit ihrer Soldaten zu preisen, war uns im Kabinett nichts Neues, konnte aber nach keiner Hinsicht das traurige Gesamtbild wesentlich ändern.

Wie es an der Front aussah!

Ich las den Herren einen mir aus der Front zugegangenen Divisionsbefehl vor, den ich im Auszug hier wiedergeben will; darin hieß es:

41. Inf.-Div. Div. St.-Qu., den 14. August 1918.

Divisions-Befehl.

Das Unglück am 8. August ist entstanden durch den bösen Mebel, unter dessen Schutze die massenhaften Tanks in unsere Linien und unseren Rücken kommen konnten. Sobald es hell wurde, wurden die Tanks zerhauen, und der Engländer konnte bei uns wie an der ganzen deutschen Front am 8. und an den folgenden Tagen keine nennenswerten Fortschritte mehr machen. In jener verhängnisvollen Lage sind von Angehörigen aller Regimenter usw. unvergeßliche Heldentaten vollbracht worden. Die Männer, die dazu beitrugen, daß der Feind zum Stehen kam und nicht durchbrach, können bis an ihr Lebensende stolz auf ihre Leistung sein. Ich will allen Seiten, die am 8. August bei ihrem Führer in vorbestimmter Linie standgehalten haben, oder dorthin freiwillig zurückgekehrt sind, das Eiserne Kreuz verleihen.

Leider haben aber auch viele Soldaten der Division ihre Pflicht nicht erfüllt. Alle diejenigen, die nicht Front gemacht haben, als der Feind sie nicht mehr drängte, die, anstatt die vorderste Linie aufzusuchen und zu halten, die Front für den Feind keimachten und die Bagagen oder Peronne oder sonst einen sicheren Ort aufsuchten, haben ihre im Fahnen eid beschworene Pflicht schwer verletzt. Sie haben vor ihren Vorgesetzten und Kameraden und vor ihrem Gewissen eine schwere Schuld wieder gutzumachen.

Aber ganz ehrlos und vaterlandsverräterisch haben die Feinde, die ihre Waffen fortwarfen, um schneller fortzukommen und um nicht wieder in den Kampf geführt werden

zu können. Alle diese Leute haben nach § 85 des Mil.-Str.-G.-B. Zuchthaus, in leichteren Fällen Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre verwirkt.

Ich befehle, daß diese Leute, soweit sie ihr Verhalten nicht rechtfertigen können, ermittelt und auf einer schwarzen Liste des Regiments (bzw. Pion.-Batt.) festgelegt werden. Ich will ihnen noch bis zum 8. August 1919 — wenn der Krieg nicht eher beendet ist — Gelegenheit geben, ihre Schandtat durch ehrenhaftes Verhalten gut zu machen. Aber jeder Mann der schwarzen Liste, der sich bis dahin etwas zuschulden kommen läßt, das gegen die militärische Pflicht und Ehre verstößt (z. B. Ungehorsam, unerlaubte Entfernung usw.), wird sofort nach § 85 wegen des Feigheitsverbrechens am 8. August 1918 kriegsgerichtlich abgeurteilt. Besonders schwere Fälle läßt sofort zur Aburteilung zu bringen. Im besonderen sind Leute; die andere aufgefordert haben, die Waffen fortzuwerfen oder auszureißen, oder die vor dem Feinde den Gehorsam ausdrücklich verweigert haben, sofort zur Aburteilung zu bringen. Ich beabsichtige, die Todesurteile rücksichtslos zu bestätigen.

Durch Beweise hervorragenden Mutes kann sich aber jeder nach § 88 des Mil.-Str.-G.-B. sofort alle Straffähigkeit erwerben, so daß er sofort von der schwarzen Liste gestrichen wird. . . .

Generalmajor und Divisionskommandeur.
Mudra und Gallwitz bekannten beide stolz, daß sie von dergleichen Dingen in ihrem Befehlsbereich nichts zu spüren bekommen hätten.

Ludendorff verlangt neue Truppen.

Absolut unverständlich war uns allen das Verhalten Ludendorffs. Erst der dringliche Ruf, nach schnellstem Waffenstillstand und nachher der Versuch, die Geschichte halb so schlimm darzustellen und uns die Möglichkeit vorzutragen, daß man noch weiterkämpfen könne. So verlangte er in einer Sitzung von uns Menschen, Menschen, Menschen, und auf die Frage von mir, wo wir die Menschen hernehmen wollten, um sie in einen absolut aussichtslos gewordenen Kampf zu schicken, meinte er wörtlich: „Herr Ebert wird's schaffen können.“ Der Kriegsminister Scheidemann brachte dann am nächsten Morgen eine Aufstellung mit, nach der er tatsächlich wiederum 600 000 Mann der Front zuführen wollte. Diese 600 000 Mann wollte er folgenderweise aufbringen:

Gesende (davon aus der Heimat 40 000, von der Front 15 000 Mann)	55 000 Mann
Rest des Jahrgangs 1900 (ausgebildete Mannschaften 54 000, noch nicht ausgebildete Mannschaften 196 000 Mann)	250 000
In Rußland gefangen gewesen	5 000
Aus den Ersatzformationen der Heimat	75 000
Aus der Steppe	20 000
Aus der Industrie	73 000
Nachgemusterte	5 000

Insgesamt also in Preußen: 483 000 Mann

Erfahrungsgemäß wäre er dazu 100 000 Mann rechnen aus Bayern, Sachsen und Württemberg. Ludendorff war froh, als er diese Ziffern hörte, er hätte zweifellos noch weitere Hunderttausende in den aussichtslosen Kampf getrieben.

Selbstverständlich wandte ich mich auf das allerentschiedenste gegen die Pläne Ludendorffs. Von auch gefommene Anregungen, das Volk aufzurufen (Levee en masse), fanden im Kabinett auch nicht die geringste Gegenliebe, jeder sah die Unstimmigkeit solcher Vorschläge ein.

Ich muß hier dem Ablauf der Ereignisse noch einmal zurück- und vorgehen. Am 30. September 1918 war der Zusammenbruch Bulgariens unter dem Titel eines Waffenstillstandes erfolgt. Am 2. Oktober erklärte Ludendorff dem Befehlsempfänger des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier, Herrn von Versner, unser

Waffenstillstandsangebot müsse sofort von Bern nach Washington weitergehen. 48 Stunden wäre die Armee nicht noch warten. Am 9. Oktober war es in Gegenwart Ludendorffs der Oberst Hege von der D.S.L., der erklärte:

„Schritt zum Frieden, noch mehr zum Waffenstillstand ist unbedingt notwendig. Truppe hat keine Ruhe mehr.“ Am 17. Oktober war es Ludendorff selbst, der bestätigte, daß die Truppe keine Stosskraft mehr hätte, der aber trotz allem Vorangegangenen aufs neue um Retorten bittet. Als General Scheidemann ein letztes Aufgebot von 600 000 Mann, aus allen Ecken zusammengekratzt, als viel- leicht möglich in Aussicht stellt — wie sich dieser letzte Wuts- tropfen Deutschlands qualitativ zusammensetzen sollte, habe ich bereits berichtet —, steht Ludendorff bereits wieder vertrauensvoll in die Zukunft, ja, er behauptet, nun wieder hoffnungsfröhlich sein zu können. Und Grund und Mittel für diesen sanguinischen Stimmungsumschwung? Er glaubt in diesem Augenblick, wo alles schon halb über dem Abgrund hängt, mit Stimmgummi etwas erreichen zu können. „Diese (schlechte) Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohlbewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist.“ Aus dieser Theorie der gegenseitigen Erdoberfläche heraus hat er mich gefragt, ob sich dennoch die Stimmung der Massen heben lasse, und er hat von den Möglichkeiten, aus denen sich auch nur die leiseste erfolgreiche Abwehrhandlung errechnen läßt, so wenig Ahnung, daß er behauptet, wir seien fern heraus, wenn die Armees über die nächsten vier Wochen stimmungsmäßig hinwegkommt.

Solcher Blindheit gegenüber, die mit keinen Tatsachen rechnet und sich auf keine Kenntnisse stützen kann, gibt es kein Mittel, es sei denn, daß die Ereignisse selbst die Richtigeinstellung übernehmen. Das tat sie in der unzweideutigsten Weise, knapp 14 Tage, nachdem ich das Wort „hoffnungsfröhlich“ zum letztenmal auf Ludendorffs Mund gehört hatte.

„Agrarier als Steuerhinterzieher.“
S. A. K. Obgleich die Agrarier durch die Steuergesetzgebung außerordentlich begünstigt werden und im Durchschnitt nicht ent- fernt so hohe Steuern bezahlen, wie es einer richtigen Einschätzung ihrer Vermögen entsprechen würde, sind in letzter Zeit wieder zahlreiche Fälle bekannt geworden, die zum Beweis dienen können, daß sich gewisse nationale Stützen des Staates ihrer Steuerpflicht zum Schaden der übrigen Steuerzahler so gut wie vollständig zu entziehen wissen.

Gegen den ehemaligen Gemeindevorstand eines Ortes in Sachsen war wegen Steuerhinterziehung ein Strafantrag gestellt worden, in dem es hieß: „So sind z. B. kriegsbeschädigte Arbeiter in der 9. bis 14. Steuerklasse, während Landwirte mit circa 20 Jahren in der 4., 5., sogar solche mit über 20 bis 30 Jahren in der 6. bis 8. Klasse, und ein Gasthofbesitzer ist ebenfalls nach Klasse 6 eingeschätzt. Das gleiche Unrecht besteht darin, daß auch der Gemeindevorstand mit einem Einkommen von über 4000 Mark in der 9. Steuerklasse ist und offensichtlich, in frivoller Weise Steuerhinterziehung treibt. Seine Schwiigersöhne mit circa 30 Jahren sind in der 6. bis 8. Klasse. So zählt ein Teil der Landwirte über- haupt keine Einkommensteuer. Im allgemeinen treibt man von Seiten des Gemeindevorstandes absichtlich eine trankle Steuerwirtschaft und wälzt so die Lasten auf die Schultern der Unbemittelten ab, unbekümmert darum, daß man dabei böses Blut verursacht.“

Die Folge war zunächst ein Strafantrag gegen den Erstat- ter dieser Anzeige wegen Beamtenehrlidigung, der aber wieder zurück- gezogen wurde, da die Verhandlung im wesentlichen die Rich- tigkeit der Beschuldigungen ergab. Und damit war die Geschichte zunächst erledigt.

„Die Welt am Montag“ brachte vor kurzem eine Zuschrift eines Geistlichen aus der Provinz Sachsen, wonach in seiner Gegend ein Bauerngut im Verkaufswert von 140 000 Mark mit 12 200 Mark zum Reichsnotopfer angegeben ist. Und ein Bauer mit 60 Morgen schuldenfreiem Land zahlt 12 Mark Staatssteuer, eine Dienstmagd 144 Mark! Und Helmut v. Gerlach erzählt folgende Fälle:

„Ich kenne ein Dorf in der Mark. Dort zahlt der größte Bauer, der sehr behäbig lebt und keine Töchter glänzend aus- stattet, jährlich etwas über 300 Mark Steuern. Der Lehrer aber, der sich alles zu Preisen kaufen muß, die denen Berlins kaum

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperz.

6. Fortsetzung.

„Die Jüdin glaubt an alles!“ hörten wir beide in demselben Augenblicke aus Franzistas Munde.

Der Inspektor zuckte zusammen und auch ich, dem der Atem stand. Der Inspektor sah sich aber rascher.

„Du weißt es also besser, als deine Kameradin?“ wandte er an Franzista. „Wie erklärst du mir deine Worte, daß sie an alles glaubt? Ist es denn nicht wahr?“

Ohne Zögern antwortete das große Mädchen, und wieder sah ich das Bäcklein, welches ich geradezu als häßlich bezeichnen muß, sich ihren Lippen.

„Sina ist noch ein kleines Ding, sie glaubt eben alles.“
„Muss man denn groß sein, um nicht an alles zu glauben?“
„Sagte sie der Inspektor nach einer Weile.“

Sie sah ihn mit ihren braunen Augen verblüfft an.
„Die Menschen sind ja gar nicht erschaffen worden!“ rief sie überprüdelnd hervor.

„Sind du dessen so gewiß, Mädchen?“ rief der Inspektor in atemloser Stille.

„Ja!“ sagte die Schölgin. „Es hat's mit einer gesagt. Die Menschen sind erst nach und nach geworden; aber zuerst sind die Tiere gewesen.“

Der Inspektor war tieferraft geworden; er rückte in großer Unruhe auf seinem Sesselhüfte hin und her.

triumphierte, auf die wir noch mit grauen Haaren stolz bewegt zu- rückblicken, nahm sie die Kreide zur Hand und erwartete so das Diktat des Inspektors.

„Bist du bereit, Kind?“
„Ja!“ sagte sie überlaut, aber aus ihren braunen Augen sprühte dabei ein dunkles Feuer. Dann wandte sie sich rasch von uns beiden ab, bei welcher Bewegung die blonden Zöpfe ihr wild um den Kopf flogen.

Der Inspektor diktierte langsam:
„Warum trübst du mir das Wasser?“ sagte der räuberische Wolf zu dem frommen Lamm und sprang auf dasselbe Los, um es zu zerreißen.“

Zu unserer Ueberraschung hand der Satz in vollkommen aus- gezeichneten Schriftzügen ohne den geringsten Verstoß gegen die Regel der Schreiblehre auf der Tafel! Hatte das wirklich die schlechteste Schülerin meiner Klasse geschrieben?

Der Inspektor nickte zufrieden mit dem Kopfe.
„Sagst du den Satz verstanden, Kind?“ fragte er.

Franzista schen das Geschriebene nochmals reiflich zu er- wägen.
„Nein!“ sagte sie dann.

„Was ist dir unverständlich?“ meinte der Herr Inspektor.
„Das versteht ja das kleinste Kind.“
Es war klar; er konnte den ihnen gebotenen Groß gegen das Mädchen nicht ganz unterdrücken.

„Daß der Wolf ein Räuber genannt wird“, sagte das Mäd- chen. „Der Wolf ist kein Räuber, er muß nur so sprechen.“
„Er muß?“ rief der Inspektor erstaunt.

„Wozum sollte er denn sonst leben können?“ meinte Fran- zista, ihre braunen Augen ohne alle Scheu auf den vor ihr sitzen- den Mann richtend, als habe sie, und nicht er die Aufgabe des Fräuleins. „Der Wolf muß ja leben.“

„Es ist gut, Kind“, sagte der Inspektor nach einer Weile, „du kannst dich wieder in deine Bank zurückgeben.“

Zu mir aber, der ich harr an seiner Seite stand, räuberisch er- oßne daß er mir kein Gesicht zueignete:
„Welche merkwürdige Entdeckung man doch macht! Sogar „vom Kampf ums Dasein“ weiß dieses Kind.“

Dennoch sagte mir der Schulinspektor beim Fortgehen kein freundliches Wort; kein Anzeichen war wie von schwarzen Wälfen beschattet, es schien mir, er verbarg keinen Groß wider mich nur mühsam.

Ich geleitete ihn die Treppe hinab. Noch im Gehen notierte er sich etwas in sein Bäcklein. Wird da ein Schlüssel befestigt? mußte ich denken. Auf dem letzten Absatz blieb er stehen, und sich zu mir wendend, sagte er barsch:

„Sie sind noch ein junger Lehrer und lehren vielleicht heute, was Sie erst gestern mühsam gelernt haben. Das ist nichts Neues für mich. Haben Sie vielleicht jemals Feuerungen getan, deren Widerhall ich soeben von dem sonderbaren Mädchen vernommen? Sprechen Sie offen mit mir.“

Ich konnte mit Bestimmtheit versichern, daß dies nie der Fall gewesen ist. Ich achtete das Heiligum der Kindesseele zu sehr, als daß ich es mir beifallen ließe, es mit unverständlichen Wissensproblemen zu beschmutzen. Kinderen dürfte man ja nur unbedrückte Wahrheiten vorführen.

Er fixierte mich hart.

„Ich will Ihnen Glauben schenken“, sagte er. „Sie leben nicht wie ein Lügner aus! Woher hat er aber das sonderbare Kind diese Deen? In der Art, wie sie sie ausbrach, lag etwas Tief- erlösendes. Wo hat es diesen Unterricht empfangen? Sie sol- len das zu erforschen trachten, Herr Lehrer. Kinder, wie diese Franzista Heilheim, häuten unsere Schule kompromittieren.“

Damit verließ er mich.

Wohin auch er nannte sie ein sonderbares Mädchen! Und hatte die Mutter der Heinen Verwachsenen, die Hausheerin aus dem Schmeißel-Durchhauke, sie nicht gleichfalls so genannt?

Wie ich nun in die Schule zurückkam, um die Klasse zu ent- lassen, fand ich sie bereits in Gruppen angefaßt, außerhalb der Bänke, was eigentlich gegen die Schuldisziplin war. Ich unterließ aber jede Rüge, weil ich den Kindern den soeben in Gegenwart des Herrn Inspektors errungenen Sieg nicht verflümmern wollte.

Schwach und lachend drängten sie zur Tür hinaus. Nur zwei Mädchen waren zurückgeblieben.

In einer der letzten Bänke lag Franzista Heilheim, beide Hände vor das Gesicht gedrückt und weinte bitterlich, während eine Mitschülerin sie zu trösten schien.

Ich kehrte gestern, an einem Feiertage, in später Abend- stunde von einem Ausflug in die grünen Auen und Waldpartien zurück, die sich an der nordöstlichen Seite der großen Kiefern- waldung ausdehnen und die Lungenfrügel des Pankreas- kran- ken. Auf dem Heimwege rief ich auf meinen Kollegen, der zu demselben Zwecke den freien Tag bewahrt hatte.

